

17.04.2017

Inhalt:

Neues Konzept für Jugendherberge	S. 01	Ergebnisse der Landtagswahl	S. 03
Hafennutzung	S. 02	SPD-Fraktion bleibt Ratssitzung aus Protest fern	S. 04
Gegen Abschreckung als Mittel gegen Jugendgewalt	S. 02	Analyse zur Kinderarmut	S. 04
Gegen Erziehungscamps	S. 02		

Januar 2008

Jugendherberge als Kompetenzzentrum für technologische Berufe

Statt die Kündigung des Vertrages mit dem Jugendherbergswerk einfach als gegeben hinzunehmen, sollte die Verwaltung mit einer neuen Vermarktungsstrategie versuchen, den Erhalt des Jugendherbergswerksstandort Papenburg zu sichern.

Mit einem Neubau der Jugendherberge am gegenwärtigen Standort ergäbe sich die Chance der Errichtung eines Kompetenz- und Bildungszentrum für technologische Berufe. In Kooperation mit den Berufsschulen, dem BTZ, der Handwerkskammer, der Volkshochschule und Papenburger Betrieben könnte die Jugendherberge neben ihrer traditionellen Ausrichtung bei Jugendlichen für technische Berufe werben und qualifizieren.

Damit wäre es möglich, dem drohenden Fachkräftemangel zu begegnen. Unter den jährlich 175.000 Besuchern der Meyerwerft waren sicherlich mehr als 50.000 junge Menschen, die mit Begeisterung den technischen Fortschritt im Schiffbau entdecken wollten. Dieses Potenzial ließe sich zum Beispiel durch Schulklassen durch Seminare oder Fachtagungen nutzen zur beruflichen Orientierung oder Qualifizierung.

Durch Einbeziehung von Meyerwerft, ATP, Kolbenschmidt, ADO, Bunte und anderen, könnte in Kooperation mit dem Jugendherbergswerk ein Bildungszentrum für technische Berufe entstehen, das praktische Anschauungen in Betrieben einschließt. Genauso wie die Jugendherberge Lingen die Umwelterziehung oder die Jugendherberge Meppen die kulturpädagogische Vermittlung als jeweilige Schwerpunkte gesetzt hatten, ließe sich in Papenburg der Schwerpunkt der technischen Bildung, das Werben für technische Berufe als Schwerpunkt installieren. Durch ein interessantes Konzept könnten sicherlich auch Bundesmittel eingeworben werden.

Die SPD schlug vor, die Kompetenzen der Betriebe und Bildungsträger vor Ort zu bündeln und gemeinsam ein Konzept zu entwickeln für ein Bildungsprogramm, das jungen Menschen technologische Berufe nahe bringt und gleichzeitig Möglichkeiten der beruflichen Qualifizierung in Zusammenarbeit mit örtlichen Betrieben und Bildungsinstitutionen anbietet. Dabei könnten eventuell auch die Erfahrungen mit dem Bildungsnetzwerk BELOS genutzt werden.

SPD will neues Konzept für Jugendherberge

PAPENBURG. Eine neue Vermarktungsstrategie für die Jugendherberge fordert die SPD im Papenburger Stadtrat. Damit soll der Erhalt der Herberge, die Ende 2008 geschlossen werden soll, möglich werden. Es müsse geprüft werden, ob ein Neubau die Chance zur Errichtung eines Kompetenz- und Bildungszentrums für technologische Berufe biete. Mit diesem Konzept sei auch die Einwerbung von Zuschüssen möglich.

SPD möchte Jugendherberge als Kompetenzzentrum retten

Berufliche Orientierung in Kooperation mit heimischer Wirtschaft – Verwaltung soll Kündigung nicht „einfach hinnehmen“

PAPENBURG. Auf den Entschluss des Kreisvorstandes des Deutschen Jugendherbergswerkes (DJH), die Jugendherberge in Papenburg zum 31. Dezember 2008 zu schließen, reagiert die SPD-Fraktion im Papenburger Stadtrat mit Unverständnis.

In einer Pressemitteilung der SPD schreibt Peter Raske: „Statt die Kündigung des Vertrages mit dem Jugendherbergswerk einfach als gegeben hinzunehmen, sollte die Verwaltung mit einer neuen Vermarktungsstrategie versuchen, den Erhalt des

Standortes Papenburg zu sichern.“

Mit einem Neubau der Jugendherberge am gegenwärtigen Standort ergebe sich die Chance der Errichtung eines Kompetenz- und Bildungszentrums für technologische Berufe. In Kooperation mit den Berufsschulen, dem BTZ, der Handwerkskammer, der Volkshochschule und Papenburger Betrieben könnte die Jugendherberge für technische Berufe werben und qualifizieren, heißt es in dem Schreiben.

Die SPD ist überzeugt: „Damit ist es möglich, dem drohenden Fachkräftemangel zu begegnen. Unter den jährlich 175.000 Besuchern

– ANZEIGE –



der Meyer Werft sind sicherlich mehr als 50.000 junge Menschen, die mit Begeisterung den technischen Fort-

schrift im Schiffbau entdecken.“ Dieses Potenzial ließe sich sicherlich zur beruflichen Orientierung oder Qualifizierung der jungen Menschen nutzen.

Durch Einbeziehung von ATP, Kolbenschmidt, ADO, Bunte und anderen könnte ein Bildungszentrum für technische Berufe entstehen, das praktische Anschauungen in Betrieben einschließt, empfiehlt Raske weiter. Wie zum Beispiel die Jugendherberge in Lingen die Umwelterziehung oder die Jugendherberge in Meppen die kul-

turpädagogische Vermittlung als jeweilige Schwerpunkte gesetzt hätten, so ließe sich in Papenburg die technische Bildung als Schwerpunkt installieren, meint die Fraktion und: „Durch ein interessantes Konzept könnten auch Bundesmittel eingeworben werden.“

Kreative Lösungen

Papenburgs Bürgermeister Jan Peter Bechtluft hatte Anfang Dezember im Gespräch mit der Ems-Zeitung die Schließung der Jugend-

herberge an der Kirchstraße bedauert und berichtet, die Stadt habe durchaus kreative Lösungen entwickelt, um die Herberge mit strategischen Partnerschaften zum Beispiel als Technikstandort zu profilieren. Leider hätten die Ansätze bis dato nicht zum Durchbruch geführt. Eine Sanierung des Gebäudes sei wie ein Neubau mit Kosten von rund drei Millionen Euro wirtschaftlich nicht vertretbar, hatte Bechtluft erklärt, zumal sich der Finanzierungsanteil des DJH auf maximal zehn Prozent belaufe.

Ems-Zeitung 05.01.2008

SPD erwartet Auskunft über industrielle Nutzungsmöglichkeiten des Hafens

Nach Presseinformationen über Nutzungseinschränkungen bei neuen Industrie- und Gewerbeflächen im Hafen zeigte sich die SPD-Fraktion besorgt über die zukünftige Entwicklung des Papenburger Hafens. Sie forderte von der Verwaltung Aufklärung über zu erwartende Restriktionen.

Nachdem in der Diskussion um die Umweltbelastung durch PROKON und BIRO von der Verwaltung und dem Gewerbeaufsichtsamt immer wieder versichert wurde, es bestünde kein Anlass zur Sorge für die Bevölkerung, sah sich die SPD durch Presseberichte in ihren Befürchtungen bestätigt. Nach Aussage des Gewerbeaufsichtsamtes waren die Emissionsbelastungen in Teilen des Hafens mit angrenzender Bebauung bereits heute in Teilen erheblich. Sie entsprachen zwar den gesetzlichen Vorgaben, für weitere Ansiedlungen könnten aber nicht beliebig viele Emissionen mehr zugelassen werden.

Die SPD-Fraktion wollte von der Verwaltung wissen, auf welchen Grundstücken Kontingentierungen für die Emissionen zu erwarten wären. Dies war umso bedeutsamer, weil es bereits im jetzigen Hafengebiet zu Einschränkungen bei der Nutzung eines Grundstückes gekommen war. Das Gewerbeaufsichtsamt hatte offenbar einem Unternehmen eine Genehmigung, bei einem geplanten offenen Umschlag von organischen Stoffen beliebig tätig zu werden, untersagt, weil es zu einer enormen Geruchsbelästigung käme.

Die SPD-Fraktion wollte von der Verwaltung wissen, welches Unternehmen, den offenen Umschlag von organischen Stoffen beantragt hatte. Außerdem forderte sie Auskunft darüber, welche anderen Teile des Hafens nur eingeschränkt industriell zu nutzen waren.

Gegen Abschreckung als Mittel gegen Jugendgewalt

Die gewalttätigen Übergriffe von Jugendlichen führten zu einer Debatte über Jugendkriminalität, ihre Ursachen und ihre Bekämpfung. Die SPD-Kreistagsfraktion kritisierte das Verlangen des Landrats nach Abschreckungseffekten bei der Bekämpfung der Jugendgewalt.

Sie sprach sich für eine gute Ausstattung in Schulen, Polizei, Justiz und Jugendhilfe aus. SPD-Fraktionsvorsitzende Karin Stief-Kreihe beklagte, dass im Land Niedersachsen zurzeit sehr große personelle Engpässe in der Justiz bestünden, die dazu führten, dass die Verfahren nicht in der vorgeschriebenen Zeit durchgeführt und Straftäter aus der Untersuchungshaft entlassen werden mussten. Bei der Bekämpfung der Jugendkriminalität setzte die SPD auf verstärkte Prävention durch gleiche Bildungschancen, Ganztagschulen, Jugendarbeit und eine Ausbildungsperspektive für jeden Jugendlichen.

Jugendkriminalität müsste genauso hart bekämpft werden wie deren Ursachen. Dies müsste aber durch Präventionsmaßnahmen geleistet werden, bevor es überhaupt zu kriminellen Übergriffen kommt. Bei der Polizei dürfte nicht weiter gekürzt

werden. Die Präsenz der Polizei auf Straßen und Plätzen müsste wieder erhöht werden, betonten die Sozialdemokraten. Die bereits jetzt bestehenden Möglichkeiten, kriminelle Taten zu bestrafen, reichen aus. Sie müssten konsequent von den Gerichten genutzt werden. Es dürfte keine Toleranz gegenüber Gewalttätern geben.

Für Sozialdemokraten galt, dass Jugendgewalt ein Ergebnis von sozialer Ausgrenzung und fehlenden Bildungs- und Aufstiegschancen war. Wer zuließ, dass jedes Jahr Jugendliche ohne Schulabschluss oder Ausbildungsplatz blieben, wäre mitverantwortlich für den Nährboden, auf dem Perspektivlosigkeit und Gewaltbereitschaft gedeihen.

Statt eine kleine Gruppe von zügellosen gewalttätigen Jugendlichen für Wahlkampfzwecke zu instrumentalisieren, sollten die Verantwortlichen für Jugendarbeit durch Ausweitung der Jugendsozialarbeit in Gemeinden und Schulen die Wurzeln bekämpfen und den Jugendlichen durch Bildungs- und Ausbildungschancen eine lebenswerte Zukunft bieten.

Sozialpädagogisch begleitete Ausbildung statt Erziehungscamps

Statt für höhere Strafen oder Erziehungscamps sprach sich SPD-Kreistagsmitglied Peter Raske für mehr sozialpädagogisch begleitete Ausbildungsstellen für auffällige Jugendliche aus. Gleichzeitig begrüßte er, dass jetzt auch die Probleme von Jugendlichen nach der Förderung von Kindern und dem Schutz von Kindern in der Öffentlichkeit diskutiert wurden.

Er bedauerte aber, dass das Thema der Jugendgewalt als Wahlkampfthema für die Landtagswahlen benutzt wurde. Dieses Problem wäre zu ernst, um es für eine Polarisierung im Wahlkampf zu nutzen. Nach seiner Auffassung waren Versäumnisse in der Familien- und Jugendpolitik dafür verantwortlich, dass es zu Gewaltausbrüchen bei Jugendlichen komme. Häufig waren die Täter selbst Opfer häuslicher Gewalt oder fehlender familiärer Bindungen und mangelnder Erziehung.

Wenn nach mehr Arrest, höheren Gefängnisstrafen oder Erziehungscamps gerufen wurde, dann vergaßen viele, dass

damit erhebliche Mehrkosten verbunden wären für den Bau von Jugendstrafanstalten und Gefängnissen und die damit verbundene Betreuung, für die in der Vergangenheit offensichtlich kein Geld vorhanden war. Die Vorfälle der Vergangenheit in Jugendgefängnissen, die wegen Überbelegung zu Gewalttaten und Mord an Insassen führten, belegten dies.

Es müsste mehr Geld im Vorfeld für Präventionsmaßnahmen wie Hilfen für die Familie oder Jugendsozialarbeit ausgegeben werden. Für Peter Raske wäre die beste Umerziehung, Jugendlichen mit Ausbildung und Arbeit Erfolge und eine Lebensperspektive zu geben. Dies wäre aber nur möglich, wenn ausreichend Geld für die fachliche Betreuung ausgegeben würde. „Kurzfristige Maßnahmen oder 1-Eurojobs ohne ausreichende Personalkosten für die Träger der Maßnahmen, wie sie von den Zentren für Arbeit überwiegend durchgeführt werden, sind dafür nicht geeignet;“ so Peter Raske.

„Auffällige Jugendliche pädagogisch begleiten“

Kreistagsmitglied Peter Raske (SPD) hält die Forderung der CDU nach höheren Strafen für jugendliche Kriminelle für falsch.

PAPENBURG. Härtere Strafen für jugendliche Kriminelle lautet eine aktuell viel diskutierte Forderung der CDU. Das Problem der Jugendgewalt sei viel zu Ernst, um es für eine Polarisierung im Wahlkampf zu nutzen, äußert sich dazu das Kreistags-

mitglied der SPD, Peter Raske aus Papenburg. Statt für höhere Strafen oder für Erziehungscamps spricht der Sozialdemokrat sich dafür aus, für auffällige Jugendliche mehr sozialpädagogisch begleitete Ausbildungsstellen zu schaffen. Denn höhere Gefängnisstrafen oder Erziehungscamps seien nach seiner Meinung mit erheblichen Kosten für den Bau von Jugendstrafanstalten und für die erforderliche Betreuung der In-

„Es muss mehr Geld für Jugendsozialarbeit ausgegeben werden“

Peter Raske

sassen verbunden. „Es muss mehr Geld für Präventionsmaßnahmen, wie Hilfen für die Familie oder Jugendsozialarbeit ausgegeben werden“, fordert Raske, für den die beste Umerziehung ist, Jugendlichen mit Ausbildung und Arbeit Erfolge und eine Lebensperspektive zu geben. Dies sei aber nur möglich, wenn ausreichend Geld für die fachliche Betreuung solcher Maßnahmen ausgegeben wird, stellt Raske fest.

General Anzeiger 09.01.2008

„Bewusste Irreführung der Öffentlichkeit“

Scharfe Kritik der CDU-Kreistagsfraktion an Gegnern des geplanten Kohlekraftwerks in Dörpen

PAPENBURG. In scharfer Form hat die CDU-Kreistagsfraktion die Bürgerinitiative (BI) „Saubere Energie“ Dörpen sowie die Kreistagsabgeordneten Hermann Bookjans (UWG), Klaus Fleer (SPD) und Nikolaus Schütte zur Wick (Grüne) kritisiert. In einer Pressemitteilung werfen die Christdemokraten der BI sowie den drei Politikern „bewusste Irreführung der Öffentlichkeit“ vor.

So hätten die Kreistagsabgeordneten Bookjans, Fleer und Schütte zur Wick allesamt

die Stellungnahme des Kreistages zum Landesraumordnungsprogramm mitgetragen, nach der Dörpen Vorrangort für Großkraftwerke werden sollte. Der Beschluss sei auf der Kreistagssitzung im Februar 2007 einstimmig (bei einer Enthaltung des Papenburger SPD-Abgeordneten Peter Raske) erfolgt.

Zuvor war das Thema Ende Januar 2007 im Kreistagsausschuss beraten worden. Und ebenfalls im Kreistagsausschuss sei die Vorlage einstimmig beschlossen worden.

Die Ausweisung von Dörpen als Vorrangort für Großkraftwerke sei also in Ausschüssen, Fraktionen und im Kreistag ausführlich diskutiert worden. Anstatt nun in Schulzuweisungen in Richtung Kreisspitze beziehungsweise die CDU in Kreis und Gemeinde, zu verfallen, so Fraktionsvorsitzender Heinrich Hövelmann, „sollten die Abgeordneten erklären: Wir haben die Vorlage nicht begriffen oder wir haben geschlafen.“ Denn bei Großkraftwerken „handelt es sich nicht um

einen Kaminofen, sondern sie werden mit Kernkraft, Gas, Kohle oder Ersatzbrennstoffen betrieben“.

An die Adresse von Schütte zur Wick schreibt die CDU-Kreistagsfraktion, dass er vor der Landtagswahl verkündet habe, dass 22 Papenburger Stadtratsmitglieder die Unterschriftenlisten gegen das Kohlekraftwerk unterschrieben hätten. Der Grünen-Politiker weigere sich aber beharrlich, die Namen zu nennen. „Stimmen seine Aussagen oder nicht? Schütte zur Wick, der

mangelnde Offenheit selbst dann beklagt, wenn sie vorhanden ist, sollte schnell Klarheit schaffen“, empfiehlt Hövelmann im Namen der CDU-Kreistagsfraktion.

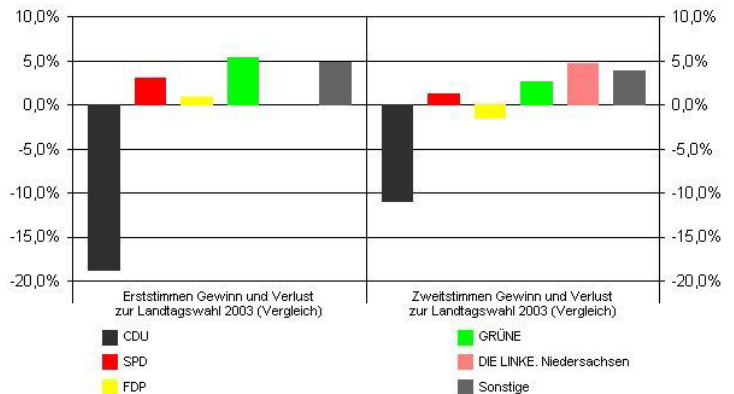
Zum Landtagswahlergebnis von Schütte zur Wick suggeriere die Dörpener Bürgerinitiative, dies sei ein klares Votum gegen das Kohlekraftwerk. Tatsächlich, so die CDU-Fraktion weiter, liege der Grünen-Kandidat im Wahlkreis 82 sowohl bei Erst- wie auch bei Zweitstimmen unter dem Wert von 8 Prozent, den seine

Partei auf Landesebene bei den Zweitstimmen erreicht habe. Hövelmann: „Also auch hier wird der Öffentlichkeit ein Erfolg vorgegaukelt, der nicht vorhanden ist.“ Schütte zur Wick und die BI hätten die Landtagswahl zur Volksabstimmung über das Kraftwerk hochstilisiert und im Wahlkreis Papenburg unter dem Landesdurchschnitt der Grünen abgeschnitten. „Diese Wahrheit auszusprechen ist bitter, aber ehrlich“, stellt die CDU-Kreistagsfraktion abschließend fest.

Ems-Zeitung 21.01.2008

Ergebnis der Landtagswahl am 27.01.2008 in Papenburg

Zweitstimmen		Landtagswahl 2008		Landtagswahl 2003 (Vergleich)	
WV-Nr	Partei	Stimmen	Prozent	Stimmen	Prozent
01	CDU	26666	59,42%	36670	70,41%
02	SPD	7937	17,69%	8519	16,36%
03	FDP	3535	7,88%	4872	9,36%
04	GRÜNE	2433	5,42%	1448	2,78%
05	DIE LINKE. Niedersachsen	2184	4,87%	120	0,23%
06	Volksabstimmung	66	0,15%	*****	*****
08	Die Friesen	88	0,20%	*****	*****
09	GRAUE	56	0,12%	76	0,15%
13	FAMILIE	164	0,37%	*****	*****
14	FW	1135	2,53%	*****	*****



Februar 2008

Aus Protest bleibt SPD-Fraktion der Ratssitzung fern

Ohne die SPD-Fraktion einzubeziehen und ohne Gründe zu nennen hatte die Verwaltung die Ratssitzung vom 28. Februar auf den 13. Februar vorverlegt. Damit blieb der SPD nicht genügend Zeit, sich mit dem Haushalt zu beschäftigen und zu einer fundierten Meinungsbildung zu gelangen.

Mit dem Fernbleiben von der Ratssitzung wollte die SPD-Fraktion ein deutliches Zeichen setzen, dass sie mit der Information durch Teile der Verwaltung nicht einverstanden war. Deutlich wollte sie damit auch machen, dass die Verwaltung die SPD-Fraktion mit ihrer Informationspolitik in der Ratsarbeit behinderten. Sie verhielt sich nach dem Motto „Wissen ist Macht“ und versagten den SPD-Ratsherren notwendige Hintergrundinformationen.

Die SPD machte mit ihrem Fernbleiben deutlich, dass bestimmte Entscheidungen des Rates durch die Vorverlegung des

Termins der Ratssitzung nicht ausreichend in den Fachausschüssen vorbereitet werden konnten. Der Grundstücksausschuss wurde unter Vorsitz des SPD-Ratsherren Wilhelm Kröger ebenso nicht in Entscheidungen einbezogen wie der Wirtschafts- und Tourismusausschuss unter Leitung des FDP-Ratsherren Hermann-Josef Averdung und seines SPD-Stellvertreters Thomas Witolla. „Ein Schelm, der Böses dabei denkt“. Stattdessen wurden die wichtigen Entscheidungen in dem Ausschuss für Bau und Umwelt in einer Mammutsitzung von über drei Stunden durchgehechelt. Natürlich war der Vorsitzende dieses Ausschusses Mitglied der CDU-Fraktion.

Die SPD-Fraktion wollte es nicht länger hinnehmen, dass Teile der Verwaltung sich so verhalten, als seien die Ratsherren nur ein lästiges Übel, dass man bei Entscheidungen über die Stadtentwicklung in Kauf nehmen müsste.

SPD Begrüßt Analyse zur Kinderarmut im Emsland

Das Thema „Kinderarmut im Emsland“ stand im Mittelpunkt der Beratungen der SPD-Kreistagsfraktion auf ihrer letzten Sitzung. Grundlage für die Diskussion war die auf Antrag der SPD vorgelegte Analyse der Kreisverwaltung zur Struktur des Personenkreises, die Leistungen nach SGB II erhalten.

Durch den vorgelegten Bericht wurde deutlich, dass Kinderreichtum ein Armutsrisiko auch im Emsland darstellte, so Edeltraut Graeßner aus Lingen. Gleichzeitig müsste man zur Kenntnis nehmen, dass auch im Emsland Familienstrukturen sich verändert hätten. Von den 3.899 Bedarfsgemeinschaften mit Kindern waren 46 % „Alleinerziehend“. Kinder mit einem alleinerziehenden Elternteil waren häufig von Armut betroffen. Auch Mangel an Bildung der Eltern bedeutete ein Armutsrisiko für Kinder. Ebenso waren Migrationshintergründe eine Ursache. Peter Raske stimmte der Schlussfolgerung des Landkreises zu, dass Kinderarmut verbunden war mit Benachteiligung an Lebenschancen. Sie entstand durch bildungsferne Elternhäuser. Mangel an sozialer Orientierung, Entstehen pessimistischer Lebenseinschätzungen in einem von mate-

rieller Unzufriedenheit geprägten sozialen Umfeld und Mangel an kultureller Anregung aus dem familiären Umfeld waren Begleiter der Armut. Ohne Unterstützung der Elternhäuser drohten deshalb generationsübergreifende Armutskarrieren.

Zur Verbesserung der Gleichheit an Lebenschancen müssten die außerschulischen beziehungsweise die schulbegleitenden Betreuungsangebote ausgeweitet werden. Ziel des Landkreises war es deshalb, zukünftig mehr in Betreuung und Bildung der Kinder zu investieren, um weitgehende Chancengerechtigkeit herzustellen. Nach Auffassung von Peter Raske gelänge dies nur, wenn dabei die Elternarbeit nicht vergessen würde, die auch durch mehr Schulsozialpädagogen an Schulen verbessert werden müsste.

Ulrich Wilde aus Haren wies darauf hin, dass bei der Bekämpfung der Kinderarmut im Emsland man nur die Symptome behandeln könnte. Für eine langfristige Bekämpfung der Kinderarmut müsse ein gesamtgesellschaftlicher Konsens über mehr Verteilungsgerechtigkeit